

Wohlers, Eckhardt

**Article — Published Version**

## Kein Grund zur Schwarzmalerei

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wohlers, Eckhardt (2001) : Kein Grund zur Schwarzmalerei, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 81, Iss. 4, pp. 184-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40901>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Das einzige, was gegenwärtig offenbar Hochkonjunktur hat, sind Negativmeldungen. Jedenfalls vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über neue Tiefstände an den Aktienmärkten, über alarmierende Konjunktursignale oder über die Korrektur von Wirtschaftsprognosen berichtet wird. Nun haben sich auch die sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute in den Kreis derer eingereiht, die ihre Konjunkturprognose zurückgenommen haben. Im Herbst letzten Jahres erwarteten sie für Deutschland für das Jahr 2001 noch einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,7%, in ihrem jetzt vorgelegten Frühjahrsgutachten nur noch ein Wachstum um 2,1%.

Die Korrektur erscheint zwar beachtlich, sie spiegelt aber zu einem erheblichen Teil die vergleichsweise schwache Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2000 wider. Dadurch war die Ausgangsposition für dieses Jahr ungünstiger als zunächst angenommen, so daß schon von daher eine Korrektur notwendig wurde. Ein wesentlicher Grund für die merkliche Abkühlung der Konjunktur in Deutschland wie auch in vielen anderen Ländern in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres waren die Folgen des Ölpreisschocks, die insbesondere den privaten Konsum spürbar beeinträchtigten.

Gleichwohl haben sich auch die Risiken für die konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr erhöht. Ausschlaggebend dafür ist die Entwicklung in den USA. Dort fällt die Landung der Konjunktur weitaus härter aus als zunächst erwartet; dies hat auch Folgen für andere Regionen, insbesondere für Lateinamerika und Asien. Die amerikanische Zentralbank hat rasch auf die konjunkturelle Abkühlung reagiert und die Leitzinsen deutlich gesenkt. Die Gefahr einer Rezession wurde damit zwar verringert, gebannt ist sie aber noch nicht. Doch selbst wenn ein Konjunkturbruch in den USA vermieden werden kann, ergibt sich für dieses Jahr dort eine deutliche Verlangsamung der konjunkturellen Expan-



Eckhardt Wohlers

## Kein Grund zur Schwarzmalerei

sion, mit entsprechenden Konsequenzen für die Weltkonjunktur.

Eine nachlassende Dynamik in der Weltwirtschaft hat natürlich auch negative Auswirkungen auf die Konjunktur in Deutschland. Daneben gibt es noch weitere dämpfende Einflüsse. So klingen die Impulse aus der letztjährigen Abwertung des Euro mehr und mehr ab. Zudem kommt in diesem Jahr die letztjährige Straffung der Geldpolitik verstärkt zum Tragen. Schließlich sind auch die Folgen des Ölpreisschocks noch nicht völlig ausgestanden. Dem stehen aber erhebliche stimulierende Impulse durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Steuerreform gegenüber, die für dieses Jahr Entlastungen für Unternehmen und private Haushalte in einer Größenordnung von 45 Mrd. DM bringt. Sie schlagen insbesondere in der ersten Jahreshälfte stark zu Buche.

Der von den Instituten prognostizierte Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,1% für dieses und von 2,2% für das nächste Jahr impliziert, daß die Konjunktur in Deutschland spürbar aufwärts gerichtet bleibt. Das Wachstum wäre damit immer noch deutlich stärker als im Durchschnitt der neunziger Jahre. Auch die Arbeitslosigkeit wird dabei weiter zurückgehen; für das Jahr 2002 erwarten die Institute im Jahresdurchschnitt eine Ar-

beitslosenzahl von knapp 3,5 Millionen. So gesehen wäre die prognostizierte Entwicklung durchaus ein befriedigendes Ergebnis. Gegenwärtig wird als Maßstab allerdings vorrangig die hohe Wachstumsrate des Vorjahres von 3% zugrunde gelegt. Gemessen daran ist die Situation natürlich nicht befriedigend. Allerdings war diese Rate das Ergebnis zweier Faktoren, die beide nicht als „nachhaltig“ gelten konnten: eine sehr hohe, vom Boom in den USA getragene, Dynamik der Weltkonjunktur, und die kräftige Abwertung des Euro. Insofern stellt die konjunkturelle Abkühlung zumindest teilweise auch eine Normalisierung im Sinne einer Rückkehr auf den langfristigen Wachstumstrend dar.

Ein nachhaltiger Konjunkturabschwung droht in Deutschland aus heutiger Sicht nicht, auch wenn die Entwicklung in den USA weiterhin ein Risiko bleibt. Die Institute warnen deshalb zu Recht vor hektischem Aktionismus in der Wirtschaftspolitik. Zwar werden als Folge der schwächeren Konjunktur die Steuereinnahmen etwas spärlicher fließen und das Staatsdefizit wird etwas höher ausfallen als noch zu Jahresbeginn erwartet. Das ist in der gegenwärtigen Situation aber hinzunehmen; Forderungen nach einem Haushaltssicherungsgesetz oder ähnlichen Maßnahmen sind deshalb kontraproduktiv. Der Geldpolitik empfehlen die Institute eine Politik der ruhigen Hand auf der Basis der Zwei-Säulen-Strategie. Sie erwarten zwar schon bald eine Rücknahme der Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt, halten dies aber für gerechtfertigt, da beide Säulen – die Geldmengenentwicklung und die Indikatoren für die Preisentwicklung – abnehmende Stabilitätsrisiken signalisieren. Bei alledem ist unerlässlich, daß die Lohnpolitik auf moderatem Kurs bleibt. Die Ankündigung von Nachschlagsforderungen oder einer „harten Lohnrunde 2002“ ist wenig hilfreich, auch weil sie der EZB steigende Inflationsrisiken in einem wichtigen Land des Euroraums signalisieren könnte.